



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Bildquelle: Adobe Stock / © Image'in

Agrarpolitisches Leitbild der AfD-Bundestagsfraktion



INHALT

Vorwort	2
Herausforderungen und Perspektiven der heimischen Landwirtschaft	3-4
Handlungsfelder und Lösungsansätze	5
Renationalisierung der Agrarpolitik	5-6
Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft	7-8
Stärkung der Erzeuger in der Lebensmittellieferkette	9-10
Bekenntnis zum Tierschutz und zu einer artgerechten Nutztierhaltung	11-12
Potentiale der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen	13-14
Ausblick	15-16
Mitglieder des Arbeitskreises für Ernährung und Landwirtschaft	17
Unsere parlamentarische Woche	18

Liebe Leser,

mit dem vorliegenden agrarpolitischen Leitbild möchten wir Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit im Deutschen Bundestag geben und Sie über die Vorstellungen und Ziele der AfD-Bundestagsfraktion für eine Landwirtschaft mit Zukunft informieren. Wir gehen zunächst auf die größten Herausforderungen ein, denen sich die deutsche Landwirtschaft heute gegenüber sieht, und erläutern anschließend die entsprechenden in unserem Arbeitskreis Ernährung und Landwirtschaft erarbeiteten Lösungsansätze.

Seit Jahrzehnten erleben wir die Auswirkungen einer für die heimische Landwirtschaft desaströsen Agrarpolitik der Altparteien und der mit ihnen verbundenen Fraktionen im Deutschen Bundestag. Das verfehlte EU-Agrarfördersystem, das auf das Flächenwachstum der Betriebe ausgerichtet ist, bringt vor allem die kleinbäuerlichen Familienbetriebe in existentielle Bedrängnis und sorgt zunehmend für drastische Veränderungen in der Agrarstruktur. Die Erzeugerkosten steigen durch immer neue Auflagen und Überregulierungen ständig an. Da gleichzeitig die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte viel zu niedrig sind, wächst die ökonomische Belastung für die landwirtschaftlichen Betriebe in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Mit gravierenden Folgen: Die Verschuldung der Betriebe steigt seit Jahren und nur ein Viertel der Betriebe ist überhaupt noch in der Lage, mehr als 20.000 Euro Eigenkapital bilden zu können. Jeder zweite Betrieb kann nur im Nebenerwerb bewirtschaftet werden und knapp 60 Prozent der Agrarflächen sind nicht mehr im Eigentum der Bewirtschafter.

Zusätzlich wächst der gesellschaftliche Druck auf die Landwirtschaft. Die Medien greifen die unwissenschaftliche und ideologische Kritik vieler Umwelt-NGOs häufig ungeprüft auf und vermitteln dadurch das Bild einer Landwirtschaft, das mit der Realität nichts zu tun hat. Die Anfeindungen gegenüber Landwirten nehmen zu. Den Bewahrern unserer ländlichen Kulturlandschaft und den Erzeugern unseres täglichen Brotes wird Raubbau an der Natur unterstellt. Damit muss Schluss sein. Unsere Bauern sind nicht die Sündenböcke der Nation, sondern verdienen Respekt und Wertschätzung.

Wir treten für den Erhalt eines starken, freien und unabhängigen Bauernstandes ein. Wenn es in Deutschland auch weiterhin eine vielfältige Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben geben soll, dann müssen wir nach den Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte jetzt gemeinsam für eine Landwirtschaft mit Zukunft eintreten. Dafür arbeiten wir im Deutschen Bundestag.



Stephan Protschka, MdB

Sprecher des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft der AfD-Bundestagsfraktion

HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN DER HEIMISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Mit der wachsenden Weltbevölkerung steigt auch die Zahl der mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgenden Menschen. Fruchtbare Ackerland und Süßwasser werden zu immer knapperen Gütern. In zunehmendem Maße soll die Landwirtschaft auch Energiepflanzen und Biomasse für die Industrie erzeugen.

Deutschland ist ein Gunststandort für die landwirtschaftliche Produktion. Mit Hilfe moderner Bewirtschaftungsmethoden ist es unserer Landwirtschaft über die vergangenen Jahrzehnte gelungen, den Flächenertrag und die Ertragsqualität deutlich zu steigern. Während ein deutscher Landwirt 1980 etwa 69 Menschen ernährte, sind es heute 135¹.

Durch den technischen Fortschritt wurden die Landwirte in die Lage versetzt, mehr Flächen zu bewirtschaften und größere Tierbestände zu halten. Es kam zu einer bis heute anhaltenden Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebsflächen, die oft auch als Strukturwandel bezeichnet wird. Die Anzahl der Höfe dagegen ist in den letzten 20 Jahren um über 40 Prozent auf jetzt 266.700 gesunken² und jedes Jahr werden mehrere Tausend Betriebe zur Aufgabe gezwungen. Ebenso ändert sich die Verteilung der landwirtschaftlichen Flächen: Mittlerweile wird der größte Teil der landwirtschaftlichen Produktion durch einen kleinen Anteil von Betrieben erzeugt, die überdurchschnittlich groß sind. So werden 59 Prozent der landwirt-

schaftlich nutzbaren Flächen von Betrieben mit mehr als 100 Hektar bewirtschaftet, während 70 Prozent der Betriebe über weniger als 50 Hektar Nutzfläche verfügen.

Durch immer neue Auflagen und Regulierungen steigen die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion, während gleichzeitig die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte viel zu niedrig sind. Das schmälert den Unternehmensgewinn. Insbesondere kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe sind einem enormen ökonomischen Druck ausgesetzt. In Folge wird jeder zweite Betrieb mittlerweile nur noch im Nebenerwerb bewirtschaftet. Wird diese Entwicklung nicht aufgehalten, setzt sich das Sterben der Höfe fort.

Die Liberalisierung der Agrarmärkte und eine EU-Agrarpolitik, die mit Subventionen und Marktregeln steuernd eingreift, sollten die heimische Landwirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Zu diesem Zweck wurden das Wachstum und die Spezialisierung der Betriebe von der Politik bewusst gefördert. Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union im Jahr 2003 wurden die Direktzahlungen eingeführt, das heißt, umso mehr Fläche ein Betrieb hat, desto mehr Subventionen erhält er. Damit wurde von der Politik ein zusätzlicher Anreiz zum Flächenwachstum der landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen. Großbetrieben fällt dieses Betriebswachs-



tum naturgemäß leichter, da sie über mehr Kapital verfügen und leichter Kredite für weiteren Landkauf und andere Investitionen aufnehmen können. Landwirtschaftliche Neueinsteiger haben aufgrund dieses Marktumfeldes kaum eine Chance, einen Hof neu zu gründen.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass die zur Verfügung stehenden Agrarflächen begrenzt sind und sich täglich verknappen. So liegt der Flächenverbrauch, der sogenannte „Flächenfraß“, derzeit bei rund 60 Hektar pro Tag³. Das entspricht ungefähr der Fläche von 60 Fußballfeldern. Die hohe Nachfrage und das begrenzte Angebot auf dem Bodenmarkt haben zu einem drastischen Anstieg der Bodenpreise geführt und locken zunehmend außerlandwirtschaftliche Investoren an.

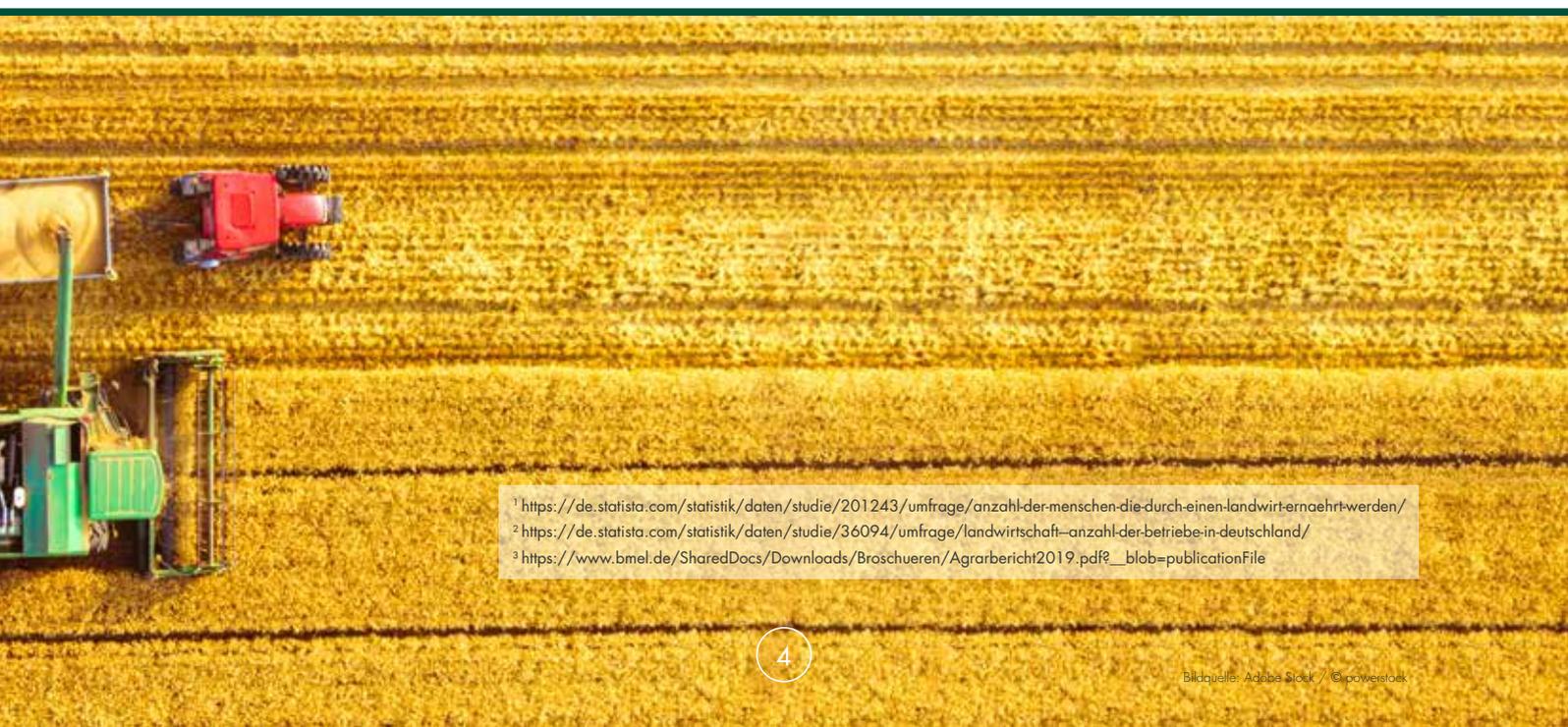
Neben dem Strukturwandel in der Landwirtschaft erleben wir eine immer größer werdende Entfremdung zwischen der urbanen Gesellschaft und der landwirtschaftlichen Produktion. Zunehmend werden sehr hohe, in der Praxis kaum zu erfüllende Anforderungen an die Landwirtschaft gestellt. Es werden möglichst gesunde, qualitativ hochwertige und ökologisch produzierte Nahrungsmittel gefordert. Nebenbei soll die Kulturlandschaft gepflegt, keine Dünge- und Pflanzenschutzmittel eingesetzt und die biologische Vielfalt geschützt werden. Diese anspruchsvollen Ziele zu erreichen, ist in der Praxis allerdings nur dann möglich, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe für ihre Produkte auch einen entsprechenden finanziellen Gegenwert erhalten. Vielfach wird aber erwartet, dass landwirtschaftliche Produkte dem Konsumenten stets in höchster Qualität bei geringsten Preisen angeboten werden.

Viele Landwirte sehen sich zudem immer häufiger gesellschaftlicher Kritik ausgesetzt. Ein wichtiges Ziel der Agrarpolitik der AfD-Bundestagsfraktion ist deshalb die Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz und Wertschätzung der Landwirtschaft.

Für eine bäuerliche Landwirtschaft

Unser Leitbild ist die bäuerliche Landwirtschaft. Deshalb steht die AfD-Bundestagsfraktion zur Förderung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben und Genossenschaften. Wir sind davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit ihrer Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Eine zukunftsfähige und verantwortungsbewusste Agrarpolitik ist auf die nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie auf marktgerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte ausgerichtet. Die genannten Ziele können mit unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsformen erreicht werden.

Wir setzen uns für den Erhalt einer vielfältigen Agrarstruktur ein, in der auch kleinbäuerliche Betriebe ihren Platz haben. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit sowie Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Sämtliche agrarpolitischen Maßnahmen müssen daher wissenschaftlich fundiert, praktikabel und wirtschaftlich tragfähig sein. Bürokratische Überreglementierungen wollen wir Schritt für Schritt abbauen, damit sich die heimische Landwirtschaft wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.



¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201243/umfrage/anzahl-der-menschen-die-durch-einen-landwirt-ernaehrt-werden/>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36094/umfrage/landwirtschaft-anzahl-der-betriebe-in-deutschland/>

³ https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarbericht2019.pdf?__blob=publicationFile

HANDLUNGSFELDER UND LÖSUNGSANSÄTZE

Wir haben für unser Konzept einer Landwirtschaft mit Zukunft vorrangig fünf Handlungsfelder identifiziert, auf denen wir den Herausforderungen in der Landwirtschaft effektiv begegnen und unsere agrarpolitischen Ziele verwirklichen wollen.

RENATIONALISIERUNG DER AGRARPOLITIK

Durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2003 wurden die Direktzahlungen von der Produktion entkoppelt und stattdessen in eine Flächenprämie umgewandelt. Seitdem werden die Fördermittel pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche ausgezahlt. Wie bereits eingangs aufgezeigt, wurde dadurch ein Anreiz für das Flächenwachstum der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Prinzip „Wachse oder weiche“ geschaffen. Weil große landwirtschaftliche Betriebe im Vergleich zu kleineren ohnehin Kostenvorteile bei der Produktion haben, wollen wir mit einer verpflichtenden Degression und Kappung der Fördermittel diesen agrarstrukturellen Entwicklungen aktiv entgegenwirken.

Für die Pächter von Agrarflächen ergibt sich durch die derzeitige Ausgestaltung der Direktzahlungen außerdem der Nachteil, dass viele Verpächter die Direktzahlungen in voller Höhe auf die Pacht umwälzen. Da immerhin 59 Prozent der Agrarflächen nicht durch den Eigentümer selbst bewirtschaftet werden⁴, sorgt dieses System für eine Benachteiligung von Pächtern gegenüber den Bodeneigentümern.

Aufgrund der sich rasant verschlechternden ökonomischen Aussichten finden immer weniger landwirtschaftliche Betriebe einen Hofnachfolger. Die ge-

genwärtige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sieht mit der Umverteilungsprämie für die ersten 46 Hektar Betriebsfläche zusätzliche Fördermittel vor, um damit vor allem kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe tendenziell besserzustellen. Dieses Instrument zur Unterstützung von kleinbäuerlichen Strukturen begrüßen wir grundsätzlich. Zusätzlich bedarf es aber attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für junge Bauern. Dies wollen wir mit einer flächendeckenden und unbürokratischen Förderung von Junglandwirten bei Investitionen und Betriebsübernahmen gewährleisten, um so die notwendige Planungssicherheit und damit die Generationennachfolge beziehungsweise den Fortbestand der landwirtschaftlichen Betriebe sicherzustellen.

Die Bundesregierung zahlt derzeit etwa 25 Milliarden Euro jährlich in den EU-Haushalt ein und erhält für den Zeitraum 2014 bis 2020 etwa 6,2 Milliarden Euro für die Agrarförderung zurück⁵. Das bedeutet, dass – von dem gegenwärtigen Anteil der Mittel für die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 38 Prozent am EU-Haushalt ausgehend – Deutschland jährlich etwa 3,3 Milliarden Euro mehr einzahlt, als es für die Förderung der deutschen Landwirtschaft erhält. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert deshalb, die Agrarpolitik langfristig in deutsche Zuständigkeiten zurückzuführen.



Mit der Renationalisierung der Agrarpolitik würde auch deren Redemokratisierung einhergehen, weil die Intransparenz der Brüsseler Politik aus Kommission, Rat und Europäischem Parlament häufig die eigenstaatliche demokratische Kontrolle und Teilhabe verhindert. Dies erscheint auch deshalb zielführend, weil die Agrarpolitik der EU ohnehin nicht harmonisiert ist und zu starken Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten führt. Vor dem Hintergrund, dass die Agrarfördermittel mittlerweile einen Großteil des Einkommens der Landwirte ausmachen und diese dadurch vielfach zu bloßen Subventionsempfängern degradiert werden, streben wir den langfristigen Abbau dieser finanziellen Abhängigkeiten an. Wir wollen die bäuerlichen Fa-

milienbetriebe wieder in die Lage versetzen, dass sie von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Höfe tätigen können.

Diese grundlegende Reform des Agrarfördersystems soll sowohl dem Strukturwandel in der Landwirtschaft gezielt entgegenwirken als auch die gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft, wie beispielsweise die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft, den Schutz der biologischen Artenvielfalt sowie den Wunsch nach einer umweltbewussteren Bewirtschaftung, mit den wirtschaftlichen Interessen der Landwirte in Einklang bringen.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- die Kappung und die Degression der Direktzahlungen aus der 1. Säule der GAP umzusetzen,
- attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Junglandwirte zu schaffen,
- die Entbürokratisierung und Vereinfachung des Agrarfördersystems anzugehen und
- langfristig die Renationalisierung der Agrarpolitik und des Agrarfördersystems anzustreben.

⁴ https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarbericht2019.pdf?__blob=publicationFile

⁵ https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/GAP-NationaleUmsetzung.html

ERHALT DER BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT

Neben der überlebenswichtigen Produktion von qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln erfüllt die Landwirtschaft weitere wichtige Aufgaben in der Gesellschaft, wie beispielsweise die Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft, den Schutz der biologischen Artenvielfalt und den Erhalt der wichtigen Bodenfunktionen. Für die Attraktivität der ländlichen Räume nimmt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle ein, sei es als wichtiger Wirtschaftsfaktor oder durch die Aufrechterhaltung von Traditionen und Kultur.

Die AfD-Bundestagsfraktion bekennt sich sowohl zur konventionellen als auch zur ökologischen Landwirtschaft, ohne eine der beiden Bewirtschaftungsformen zu bevorzugen. Wir setzen uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach den Maßstäben der guten landwirtschaftlichen Praxis ein. Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft werden.

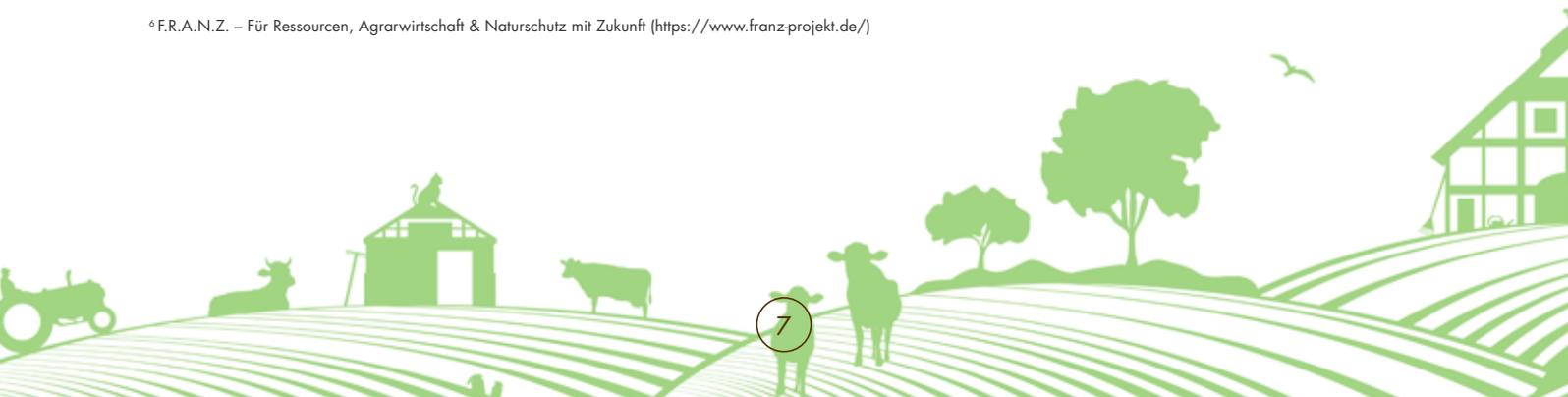
Wir stehen in der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten, weil eine gesunde Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen ist. Naturschutz darf aber nicht zulasten der Menschen gehen. Weil die Landwirtschaft seit jeher das ureigenste Interesse an einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Flächen und am Erhalt einer intakten Umwelt hat, begrüßen wir den kooperativen Natur- und Umweltschutz. Dass dieser Ansatz Zukunft hat, zeigt beispielsweise das Dialog- und Demonstrationsprojekt F.R.A.N.Z.⁶, das derzeit durchgeführt wird. Ziel dieses Projekts, getragen von Akteuren aus Naturschutz und Landwirtschaft, ist die Entwicklung und das Erproben von Maßnahmen, die dem Naturschutz dienen und

gleichzeitig praxistauglich und wirtschaftlich tragfähig sind.

Die gegenwärtige Überregulierung und die ständig neuen Verordnungen und Auflagen von EU, Bund und Ländern belasten die Landwirte zunehmend. Insbesondere die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sind kaum noch in der Lage, den bürokratischen Aufwand, der mittlerweile bei knapp 50 Stunden pro Monat und Betrieb liegt, zu bewältigen. Trotzdem plant die Bundesregierung weitere Auflagen und Verbote, wie zum Beispiel eine abermalige Verschärfung der Düngeverordnung. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher, dass solche Vorhaben ausschließlich auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse sowie einer weitreichenden Folgenabschätzung erfolgen. Landwirte benötigen keine Bevormundung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen sowie Planungs- und Investitionssicherheit.

Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und die Produktionsgrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe. Aufgrund des begrenzten Bodenangebots und der hohen Nachfrage steigen die Preise für Agrarflächen seit Jahren stark an. So haben sich die Kaufpreise für Ackerflächen zwischen 2007 und 2017 mehr als verdoppelt. Die hohen Kauf- und Pachtpreise erschweren landwirtschaftlichen Betrieben zunehmend den Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Verstärkt interessieren sich auch außerlandwirtschaftliche Investoren für Agrarflächen, für die diese aufgrund der flächengebundenen Direktzahlungen und der Nullzinspolitik zu lukrativen Spekulationsobjekten geworden sind. Diese Form der Bodenspekulation lehnen wir ab. Wir sind der Auffassung, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Agrarflächen Vorrang hat. Bauernland gehört in Bauernhand.

⁶F.R.A.N.Z. – Für Ressourcen, Agrarwirtschaft & Naturschutz mit Zukunft (<https://www.franz-projekt.de/>)





Bildquelle: Adobe Stock / © HQUALITY

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- landwirtschaftliche Betriebe vor den Folgen einer Änderung der Düngeverordnung zu schützen,
- den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel durch Förderung des integrierten Pflanzenschutzes zu reduzieren und
- jegliche Form der Bodenspekulation auf dem Bodenmarkt zu verhindern.

Unsere zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge:

Landwirtschaftliche Familienbetriebe vor den Folgen einer Änderung der Düngeverordnung schützen

Bundestagsdrucksache 19/14071; 16.10.2019

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914071.pdf>



Den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel wirksam reduzieren

Bundestagsdrucksache 19/7429; 30.01.2019

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/074/1907429.pdf>



STÄRKUNG DER ERZEUGER IN DER LEBENSMITTELLIEFERKETTE

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für ehrliche und marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten ein. Es darf nicht sein, dass der Lebensmitteleinzelhandel seine relative Marktmacht gegenüber den Lebensmittelherstellern und der Landwirtschaft dazu nutzt, Druck auf die Erzeugerpreise der Landwirte und die Verkaufspreise der Nahrungsmittelanbieter auszuüben. Die vier größten Handelsketten sind mittlerweile so marktmächtig, dass sie den Herstellern die Preise diktieren und gleichzeitig ihre eigenen Margen erhöhen können. Wir möchten deshalb faire Bedingungen für Landwirte in der Lebensmittellieferkette und werden die Landwirte gegenüber unlauteren Handelspraktiken von größeren Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Lebensmittelverarbeitung schützen.

Neben den klassischen Absatzwegen bietet die landwirtschaftliche Direktvermarktung, also der di-

rekte Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten vom Erzeuger an den Endverbraucher, ein großes Potential zur Steigerung der Erlöse. Insbesondere für kleinere landwirtschaftliche Betriebe bietet die Direktvermarktung die Chance, eine höhere Einkommenssicherheit zu realisieren. Regionale Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen haben den Vorteil, dass sie vergleichsweise ressourceneffizienter und umweltschonender als überregionale Strukturen sind und insgesamt zu einer optimierten regionalen Wertschöpfung beitragen. Durch den direkten Kontakt zum Kunden kann außerdem eine Vertrauensbasis aufgebaut werden, die zur Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz und Wertschätzung der Landwirtschaft beiträgt. Daher wollen wir durch den Abbau hinderlicher Vorschriften sowie den Ausbau und die Vereinfachung von Fördermaßnahmen die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Direktvermarktung stärken.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- die Erzeuger in der Lebensmittellieferkette zu stärken,
- Erzeugergemeinschaften nachhaltig zu unterstützen und
- Fördermaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Direktvermarktung auszubauen und zu vereinfachen sowie jene Vorschriften, die einer verstärkten Direktvermarktung entgegenstehen, abzubauen.

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Landwirtschaftliche Direktvermarktung stärken
 Bundestagsdrucksache 19/13096; 10.09.2019
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/130/1913096.pdf>





Bildquelle: Adobe Stock / © VRD

BEKENNTNIS ZUM TIERSCHUTZ UND ZU EINER ARTGERECHTEN NUTZTIERHALTUNG

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Haltung, den Transport und die Schlachtung. Tierschutzgesetze müssen für alle gleichermaßen gelten und konsequent umgesetzt werden.

Wir treten im Plenum des Deutschen Bundestages und im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft dafür ein, dass der Transport von Schlachttieren nur über kurze Distanzen innerhalb von Deutschland erlaubt ist. Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnen wir ab. Daher fordern wir eine ersatzlose Streichung von § 4a Abs. 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes (TierSchG)⁷. Wir folgen beim Verbot des betäubungslosen Schlachtens Ländern wie Schweden, Niederlande, Schweiz, Polen, Norwegen, Island, Liechtenstein und Dänemark.

In Deutschland gelten sehr strenge gesetzliche Vorgaben für die Nutztierhaltung, die sich in vergleichsweise hohen und kostenintensiven Produktionsstandards widerspiegeln. Aufgrund der niedrigen Marktpreise für Fleisch können die Produzenten diesem Preisdruck nur mit Effizienz, das heißt mit einer Erhöhung der Tierbestände, begegnen. Der zunehmend fehlende persönliche Kontakt der Bürger zur Landwirtschaft und die geringen oder fehlenden Erfahrungen mit der derzeit praktizierten Nutztierhaltung tragen jedoch dazu bei, dass die gesellschaftlichen Erwartungen an die Nutztierhaltung oft von den gesetzlichen Mindeststandards und der gängigen Praxis abweichen.

Dabei hat jeder Landwirt selber das größte Interesse am Wohlergehen seiner Tiere. Sollte die Gesellschaft sich mehrheitlich eine andere Form der Nutztierhaltung wünschen, dann wäre dies nicht mit nach außen offenen und deregulierten Märkten möglich. Zumindest nicht, wenn die Wettbewerbsfähigkeit

der Nutztierhaltung im internationalen Vergleich erhalten bleiben soll. Um einen Strukturbruch in der Nutztierhaltung zu verhindern, gibt es im Grunde genommen nur zwei Möglichkeiten: Entweder setzt sich die Erkenntnis durch, dass hochwertig produzierte Produkte auch einen höheren Preis haben oder der Staat subventioniert die Mehrkosten, die sich bei entsprechenden Nutztierhaltungssystemen ergeben. Wir sind der Auffassung, dass hierüber eine breite gesellschaftliche Diskussion geführt werden muss.

Für den Bau und Umbau von Nutztierhaltungsanlagen, die eine Haltung der Tiere mit mehr Bewegungsfreiheit, einem vielfältigen Einstreuangebot und häufigem Außenklimakontakt gewährleisten, werden aufgrund stetig zunehmender komplexer Umweltauflagen sehr oft keine Bau- oder Umbaugenehmigungen erteilt. Wir bereiten mehrere parlamentarische Initiativen vor, die hier ansetzen und vereinfachte Bewilligungsverfahren vorsehen, damit moderne und artgerechte Nutztierhaltungsanlagen schneller realisiert werden können.

Die Rückkehr des Wolfes in unsere Kulturlandschaft sorgt für einen eklatanten Zielkonflikt mit der Weidetierhaltung, die in erheblichem Maße zum Erhalt unserer Kulturlandschaft beiträgt. Mit zunehmender Ausbreitung des Wolfes nimmt auch die Anzahl der durch Wölfe verursachten Nutztierschäden zu. Die Zahl der getöteten, verletzten oder vermissten Weidetiere ist im Jahr 2017 auf 1.667 angestiegen⁸. Um den Erhalt der Weidetierhaltung zu gewährleisten, bedarf es daher eines effektiven Wolfsmanagements sowie praktikabler Herdenschutzmaßnahmen. Die AfD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, dass der Wolf, wie jedes andere Wildtier auch, reguliert wird und dass in besonders sensiblen Gebieten wolfsfreie Zonen eingerichtet werden. Schäden durch Wölfe wollen wir unbürokratisch durch Geldleistungen kompensieren.

⁷ § 4a Abs. 2 Nr. 2 TierSchG: „(2) Abweichend von Absatz 1 bedarf es keiner Betäubung, wenn [...] 2. die zuständige Behörde eine Ausnahmegenehmigung für ein Schlachten ohne Betäubung (Schächten) erteilt hat; sie darf die Ausnahmegenehmigung nur insoweit erteilen, als es erforderlich ist, den Bedürfnissen von Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu entsprechen, denen zwingende Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaft das Schächten vorschreiben oder den Genuss von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen oder [...]“

⁸ <https://www.dbb-wolf.de/wolfsmanagement/herdenschutz/schadensstatistik>

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- lebende Tiere während des Transports zu schützen,
- § 4a Abs. 2 Nr. 2 des TierSchG (Schächten) ersatzlos zu streichen,
- die Bewilligungsverfahren für Bau- und Umbaumaßnahmen moderner und artgerechter Nutztierhaltungsanlagen zu vereinfachen und
- ein effektives Wolfsmanagement zum Schutz der Weidetiere einzuführen.

Unsere zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge:

Verbot von Tierexporten aus Deutschland – Insbesondere in Nicht-EU-Länder, bei nicht EU-rechtskonformen Transport-, Haltungs- und Schlachtbedingungen sowie Sicherstellung der Einhaltung der EU-Tiertransportvorgaben auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Ausarbeitung von geeigneten Straf- beziehungsweise Ordnungswidrigkeitsvorschriften für Verstöße gegen die EU-Tiertransportvorgaben

Bundestagsdrucksache 19/5532; 07.11.2018

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/055/1905532.pdf>



Herdenschutz und Schutz der Menschen im ländlichen Raum – Wolfspopulation intelligent regulieren

Bundestagsdrucksache 19/594; 31.01.2018

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/005/1900594.pdf>



Änderung des Bundesjagdgesetzes zum Schutz verletzten Weideviehs und verunglückter Wildtiere

Bundestagsdrucksache 19/15069; 13.11.2019

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915069.pdf>





Bildquelle: Adobe Stock / © sodawhiskey

möglich. Blockchain-basierte Lösungen haben das Potential, das Vertrauen zwischen Verbraucher und Landwirt zu stärken.

All diese modernen Produktionsprozesse erzeugen große und vielfältige Datenmengen („Big Data“), die die Simulation von Szenarien in komplexen Systemen ermöglichen. Die intelligente Nutzung und Analyse dieser Datenmengen birgt erhebliche Chancen für weitere Prozessoptimierungen. Damit Big-Data-Analysen und -Anwendungen auf breite Akzeptanz stoßen, müssen die Anbieter eine transparente Datenverarbeitung gewährleisten. Die Nutzer müssen nachvollziehen können, warum und welche Big-Data-Verfahren durchgeführt werden und zu welchen Ergebnissen diese führen.

Die Entwicklung im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) steht noch am Anfang. Ihr Einsatz in der Landwirtschaft bietet jedoch enorme Möglichkeiten. So können KI-Algorithmen beispielsweise bei der Datenverarbeitung die Zusammenhänge großer Datenmengen erfassen und dadurch zur Optimierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse beitragen.

Für die AfD-Bundestagsfraktion steht fest, dass alle betrieblichen Daten dem Landwirt gehören. Außer-

dem räumen wir dem Datenschutz und der Datensicherheit einen großen Stellenwert ein und fordern, dass dem gesetzlichen Datenschutz nicht nur die personenbezogenen Daten des Landwirts, sondern auch die betrieblichen Daten wie Betriebs-, Maschinen- und Geschäftsdaten unterliegen. Dafür sind geeignete Datenschutzmechanismen zu entwickeln.

Die Landwirtschaft 4.0 ermöglicht insbesondere den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben vielfältige Wege zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings besteht das Risiko, dass ausgerechnet diese Betriebe die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht in vollem Umfang nutzen können, weil die Anschaffungskosten für digitale Lösungen und Anwendungen sehr hoch sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch Maschinenringe Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) erhalten.

Um die Entwicklung digitaler landwirtschaftlicher Technologien voranzubringen, wollen wir Unternehmensgründungen (Start-up-Unternehmen) in diesem Bereich vereinfachen, indem wir Verwaltungsaufgaben und gesetzliche Auflagen entbürokratisieren und günstige Rahmenbedingungen schaffen.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- den digitalen Breitbandausbau flächendeckend zu realisieren,
- den Verbleib der Datenhoheit bei den Landwirten sicherzustellen,
- den gesetzlichen Datenschutz auch für die betrieblichen Daten zu gewährleisten,
- die Maschinenringe in den Fördertatbestand der GAK aufzunehmen und
- die Förderung innovativer Start-up-Unternehmen im Bereich der digitalen Landwirtschaft zu verbessern.

AUSBLICK

Die deutsche Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Mit den skizzierten Lösungsansätze möchten wir mögliche Wege hin zu einer ertragreichen und wirtschaftlich gesunden Landwirtschaft aufzeigen.

Die agrarpolitischen Bedingungen im EU-Binnenmarkt sind äußerst heterogen. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen, mit deren negativen Folgen sich die deutschen Landwirte täglich auseinandersetzen müssen. Wir wollen das Agrarfördersystem der EU langfristig in deutsche Zuständigkeiten zurückführen. Dadurch werden eine gezieltere Förderung und eine effektive Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland möglich.

Die Potentiale der Digitalisierung eröffnen vielfältige Möglichkeiten für die Steigerung der Ressourcen- und Kosteneffizienz der landwirtschaftlichen Produktion, für den Tierschutz sowie für die ökologische Entlastung der Umwelt.

Die AfD-Bundestagsfraktion sieht die große Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, für den Erhalt attraktiver ländlicher Räume und für die Lebensfähigkeit des Landes. Gesellschaftliche Ansprüche an die Landwirtschaft, wie beispielsweise nach einer umwelt- und tierschutzgerechteren Produktion, müssen nicht im Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit stehen.

Unsere Landwirtschaft ist der Garant für die Versorgung der deutschen Bevölkerung. Dafür benötigt sie verlässliche politische Rahmenbedingungen sowie Planungs- und Investitionssicherheit.

Wir sind überzeugt, dass eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben und Genossenschaften in Deutschland eine erfolgreiche Zukunft hat.



MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION



Stephan Protschka, MdB (Sprecher)

- Landwirtschaftliche Erzeugung
- Pflanzenschutz und Pflanzengesundheit
- EU-Angelegenheiten: Fischerei



Wilhelm von Gottberg, MdB (Stv. Sprecher)

- Agrarhaushalt
- Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)
- Tiergesundheit und Tierschutz
- Ländliche Entwicklung



Peter Felser, MdB

- Wald-, Jagd- und Forstpolitik
- Digitale Innovationen („Digitalisierung“)
- Landwirtschaftlicher Bodenmarkt



Franziska Gminder, MdB

- Nachhaltigkeit
- Biodiversität
- Ernährung



Elsner von Gronow, MdB

- Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- Lebensmittelsicherheit, Krisenmanagement
- Lebensmittelrückstände, Kontamination, Lebensmittelbedarfsgegenstände

UNSERE PARLAMENTARISCHE WOCHEN

Montag

- Besprechung des Arbeitskreisleiters mit den Referenten zur Planung der Woche; gegebenenfalls öffentliche Anhörungen von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen zu Gesetzentwürfen und Anträgen
- Treffen der Landesgruppen aller Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion

Dienstag

- Sitzung des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft
- Mittagsrunde der Leiter der Arbeitskreise der AfD-Bundestagsfraktion
- Fraktionsitzung aller Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion
- Besprechung der Obleute aller Bundestagsfraktionen für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft

Mittwoch

- Sitzung des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft mit Fachgesprächen zu ausgewählten Themen
- Referentenrunde
- Befragung der Bundesregierung (Fragestunde)
- Redebeiträge zu parlamentarischen Initiativen (Gesetze und Anträge) aller Fraktionen im Deutschen Bundestag
- Namentliche Abstimmungen

Donnerstag und Freitag

- Redebeiträge zu parlamentarischen Initiativen (Gesetze und Anträge) aller Fraktionen im Deutschen Bundestag
- Namentliche Abstimmungen

Bildquelle: Adobe Stock / © iirinstrel123





Folgen Sie uns

 AfDBundestag.de

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Ernährung und Landwirtschaft
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22757141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag;
Smartphone – Adobe Stock / © inueng

Stand: März 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.